

*Kurt Klotzbach*

## Die Programmdiskussion in der deutschen Sozialdemokratie 1945—1959\*

Nach dem Untergang der nationalsozialistischen Diktatur und der Rückkehr vieler Tausender Mitglieder und Funktionäre der SPD aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern, aus der Emigration und vielfach auch aus jahrelanger politischer Untätigkeit stand die Sozialdemokratie vor zwei Hauptaufgaben: erstens der praktischen Inangriffnahme des parteipolitischen und des staatlich-gesellschaftlichen Aufbaus, zweitens der Neuverständigung über geistige Grundlagen und politische Ziele der Bewegung. Ereignisse und Erlebnisse während der zurückliegenden Jahrzehnte hatten in der Partei einen Bewußtseinswandel ausgelöst, in der Partei, d. h. genauer: nicht unbedingt in der breiten Mitgliedschaft, wohl aber bei denen, die sich vor und nach 1933 offensiv gegen den Nationalsozialismus gewandt hatten, und bei denen, die in der Emigration – wie Erich Ollenhauer sagte – »den großen Vorteil« gegenüber den inländischen Genossen nutzten, »jetzt schon in viel größerer Freiheit und Unabhängigkeit die notwendigen klärenden Diskussionen über Formen und Aufgaben der neuen Partei führen zu können«<sup>1</sup>. Um welche Erfahrungen und Konsequenzen handelte es sich im wesentlichen? Zunächst um die aus der Tatsache des Sieges der Nationalsozialisten im Jahre 1933 gewonnene Einsicht, daß es so etwas wie eine naturnotwendige Entwicklung zum Sozialismus hin nicht gibt. Dann um die Erfahrung, daß die für die SPD der Weimarer Zeit charakteristische Kluft zwischen revolutionärer Klassenkampfperspektive im grundsatzprogrammatischen Bekenntnis und reformerischer Praxis im gegebenen liberaldemokratischen System sowohl die politische Handlungsfähigkeit als auch die Anziehungskraft der Partei beeinträchtigte. Im Kampf gegen das Hitler-Regime nach 1933 hatte sich die Sozialdemokratie einem Gegner konfrontiert gesehen, der entschlossen war, menschliche Würde und personale Autonomie, damit die Substanz demokratischer Zivilisation auszulöschen. Dies führte, vornehmlich in den Gruppen der sozialistischen Emigration, zur Rückbesinnung auf letzte Werte und Impulse des eigenen Emanzipationskampfes<sup>2</sup>, auf die Ideen der Freiheit, Humanität und Toleranz. Demgegenüber verflüchtigte sich die vormalige Überzeugung von einem »wissenschaftlichen Sozialismus«, von einem historischen Entwicklungsautomatismus, von der Freiheits- und Gerechtig-

---

\* Der folgende Aufsatz ist die leicht überarbeitete und annotierte Fassung eines Vortrages, den der Verfasser am 14. Oktober 1975 im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg, gehalten hat.

1 Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland. Grundgedanken eines Referats von *Erich Ollenhauer* in einer Mitgliederversammlung der »Union« in London 1942, in: *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, hrsg. und eingel. von *Dieter Dowe* und *Kurt Klotzbach*, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 229.

2 Dazu *Erich Matthias*, *Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933 – 1938*, Stuttgart 1952.

keitsgarantie aufgrund bestimmter Eingriffe in die Struktur des kapitalistischen Systems. Diesem Neubesinnungsprozeß entsprach die durch eigene Anschauung der politischen Praxis in den westlichen und skandinavischen Demokratien geförderte Anerkennung einer evolutionären Politik. Den genannten Bewußtseinswandel begünstigte nicht zuletzt die Entwicklung, die die kommunistische Sowjetunion vor allem in den dreißiger Jahren genommen hatte. Sie erschien als Beweis dafür, daß die Vernichtung des Privatkapitalismus durchaus nicht per se ein Befreiungsakt war, sondern daß sich unter der sogenannten Diktatur des Proletariats ein Unterdrückungssystem verfestigte, das der antihumanen Wirksamkeit rechter Diktaturen kaum nachstand.

Im Exil wurden zwar zahlreiche Detailpläne zu Fragen der politischen, ökonomischen und administrativen Gestaltung konzipiert<sup>3</sup>, nicht aber ein in sich geschlossenes Gesamtprogramm, sieht man hier einmal vom Prager Manifest des Jahres 1934 ab, das eine nur kurzfristige, von seiten der SOPADE in erster Linie taktisch zu verstehende Bedeutung hatte<sup>4</sup>. Der Parteivorsitzende Hans Vogel erklärte 1945 von London aus, angesichts der neuen Lage in Deutschland, der Machtverschiebungen auf internationaler Ebene und der geistigen Krisensituation in Europa sei es zu früh, über das Programm im einzelnen zu sprechen<sup>5</sup>. Dies kam der Auffassung des Reorganisators der SPD in den Westzonen, Kurt Schumachers, entgegen. Die Unkenntnis über Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte, die fehlenden oder nur geringen Informationen über die Zukunft des Reichsgebietes und den Umfang der Reparationen sowie über die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse außerhalb Deutschlands machten es nach Schumacher vorerst unmöglich, eine programmatische Neuverständigung zu formulieren, die über das Heidelberger Programm von 1925 hinausginge. In Wennigsen faßte er seinen Standpunkt mit dem Satz zusammen: »Wir müssen unser wissenschaftliches Handwerkszeug überholen und erst den konkreten soziologischen Standort ermitteln, von dem aus wir bindende Theorien entwickeln können«<sup>6</sup>. Was in der unmittelbaren Nachkriegszeit möglich zu sein schien, waren Aufrufe, Richtlinien und Leitsätze zur allgemeinen Politik und speziell etwa zu Wirtschafts- und Agrarfragen.

Dies hinderte Schumacher freilich nicht, sich schon seit Frühsommer 1945 sehr dezidiert zu Problemen von nicht nur aktions-, sondern grundsatzprogrammatischem Rang zu äußern. Leitender Bezugspunkt war für ihn die These, daß Sozialismus und Demokratie für die Zukunft untrennbar zusammengehörten<sup>7</sup>. Sozialismus als Kampf um die geistige, politische und wirtschaftliche Befreiung der arbeitenden Menschen bedeutete demnach die konkrete Anwendung der das westliche, insbesondere das westeuropäische Demokratiedenken prägenden Rechts- und Freiheitsprinzipien. Die Sozialdemokratie erschien als der einzige zuverlässige Hort der Freiheits- und Humanitätsideale, die in den Revolutionen Englands und Frankreichs sowie in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zum politischen Programm erhoben worden waren. Zu einer sich so begründenden Sozialdemokratie sollte

3 Vgl. für die Londoner Emigration Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968, besonders S. 221 ff.

4 Vgl. Einleitung zu: *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, S. 36 f.

5 Hans Vogel an die Parteikonferenz in Hannover (23. 9. 1945), in: Hans Vogel, Gedenkblätter von Wenzel Jaksch, London, Offenbach/M. 1946, S. 51.

6 Dr. Schumacher, Programmatische Erklärungen auf der Konferenz in Hannover am 5. 10. 1945. Leitsätze zum Wirtschaftsprogramm, o. O., o. J., S. 3.

7 Kurt Schumacher, Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren, 1945, in: *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, S. 246.

es die verschiedenartigsten Zugänge geben, ob aus Motiven der Religion, der Philosophie, der Moral oder gesellschaftsanalytischer Erkenntnis<sup>8</sup>. Die Anerkennung der Motivpluralität war mitentscheidende Voraussetzung für die Gewinnung der Mittelschichten, worunter Schumacher Gewerbetreibende, Bauern und geistig Tätige verstand. Die Mittelschichten sollten sich über ihre realen politischen Interessen klarwerden und sich in die breite Front der gegen Großkapital und Großbesitz um ökonomisch-geistige Befreiung Ringenden einreihen.

Die Rückführung des Sozialismus auf den liberaldemokratischen Humanismus schloß die Marxismus-Rezeption freilich nicht aus. Schumacher grenzte den Marxismus jedoch auf seine methodische Bedeutung für die Analyse gesellschaftlicher Kräfte und Konflikte ein. Den demokratischen Sozialisten stellte er die Aufgabe, Marx »nicht als den Finder angeblich ewiger Naturgesetze in der Wirtschaft zu feiern, sondern als den großen Frager und Entdecker um Hilfe anzugehen«, den Marxismus als »ein Instrument der Abwehr gegen die dem Kapitalismus innewohnenden Verelendungstendenzen« lebendig zu erhalten<sup>9</sup>. Kennzeichnend ist die Verklammerung mit sittlichen Legitimationen, so zum Beispiel, als Schumacher am Ende des ersten Nachkriegsparteitages 1946 Karl Marx und Jean Jaurès nebeneinanderstellte<sup>10</sup>.

Während Schumacher am Marxismus als Analysemittel festhielt, erteilte er dem leninistisch-stalinistischen Kommunismus eine krasse Absage<sup>11</sup>. Dabei bestimmte ihn einmal, auf die KPD bezogen, deren Funktion als Handlanger der sowjetrussischen Außenpolitik. Den Ausschlag gaben zum anderen die in Schumachers Sicht unüberbrückbaren Unterschiede zwischen demokratischen Sozialisten und Kommunisten im handlungsleitenden allgemeinen Ziel und in einzelnen wesentlichen Programmpunkten. Er wertete das Bekenntnis zur Demokratie, das die Kommunisten seit dem Wechsel zur Volksfronttaktik Mitte der dreißiger Jahre ablegten, als unglaubwürdig. Schumacher berief sich auf den KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945, in dem der Weg der zwangsweisen Übertragung des Sowjetsystems auf Deutschland verurteilt wurde, da dieser nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen entspreche. Schumacher folgerte: »Also nicht den »gegenwärtigen Bedingungen«, wohl aber den zukünftigen, die von der KPD erhofft werden«<sup>12</sup>. Nicht in irgendeiner Form der Anpassung an das kommunistisch-bolschewistische System sah er den Hebel für eine sozialrevolutionäre Umgestaltung in Deutschland, sondern im »Anschluß an die geistige und kulturelle Vorstellungswelt der Menschheit«<sup>13</sup>, das heißt: an die westlichen Demokratiekulturen, die europäische Überlieferung der »Freiheit des Erkennens« und der »Freiheit der Kritik«, die »das letzte geistes- und kulturgeschichtlich bedeutsame Moment« im Konflikt zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus seien<sup>14</sup>.

8 Vgl. Dr. Schumacher, Programmatische Erklärungen auf der Konferenz in Hannover am 5. 10. 1945, S. 18.

9 Karl Marx und die Deutschen (Für eine Erinnerungsgabe des Karl-Marx-Hauses, Trier), in: *Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher*, Bd. II: Reden und Schriften, Berlin-Grunewald 1953, S. 300.

10 *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover*, Hamburg 1947, S. 194.

11 Vgl. z. B. Politische Richtlinien, a. a. O., S. 268 ff.

12 *Ebda.*, S. 271.

13 Anschluß an die Welt (Artikel in »Der Tagesspiegel«, Nr. 90 vom 17. 4. 1946), in: *Turmwächter der Demokratie*, Bd. II, S. 74.

14 Kurt Schumacher, Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland. Vortrag auf dem Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei der Hansestadt Hamburg am 27. Januar 1946, Hamburg 1946, S. 14.

Unabhängig von diesen grundsätzlichen Festlegungen bekräftigte Schumacher auf dem Hannoveraner Parteitag 1946 seine Ansicht, daß weder für ein Grundsatz- noch für ein Aktionsprogramm die Zeit gekommen sei<sup>15</sup>. Dagegen wandte sich der Kölner Delegierte Willi Eichler<sup>16</sup>. Eichler, als ehemaliger Schüler Leonard Nelsons Vertreter eines ethisch begründeten Sozialismus, betonte, daß die SPD im Hinblick auf die anstehenden Wahlkämpfe und die Auseinandersetzung mit Kommunisten und Christlichen Demokraten schon jetzt »ein konkreteres Programm« benötige als das, was Schumacher in seiner Parteitagrede mit dem allgemeinen Plädoyer für Sozialismus und Demokratie umrissen habe, »eine innere Klärung von Begriffen und Problemen«, »die uns vor Jahrzehnten selbstverständlich und gelöst erschienen«. Dazu zählte Eichler primär die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, das Eigentum, das Verständnis des geschichtlichen Prozesses seit der russischen Oktoberrevolution und die Haltung der Sozialisten zum Christentum. Doch Schumachers Kurs setzte sich vorerst durch.

In der Folgezeit verlagerte sich die Programmdiskussion vornehmlich in den kulturpolitischen Sektor der Parteiarbeit und in die regionale Publizistik<sup>17</sup>. Es war das Verdienst der Sozialistischen Kulturzentrale unter Arno Hennig, daß trotz der Distanz an der Parteispitze eine Art Koordinierung der überall in der Organisation spontan begonnenen Programmiererörterungen zustande kam. Als angemessenes Koordinationsmittel diente die Ebene kulturpolitischer Konferenzen, angemessen deshalb, weil sie einen lockeren, nicht parteioffiziellen Rahmen bildete, der offene und ungezwungene Aussprachen förderte. Nachdem sich die ersten beiden Konferenzen in Bad Gandersheim und Erlangen insbesondere mit schulpolitischen Fragen beschäftigt hatten, sollte es auf der Tagung, die im August 1947 in Ziegenhain stattfand<sup>18</sup>, darum gehen, den geistigen Standort der sozialistischen Bewegung zu ermitteln. Vier Referate leiteten die Grundsatzdiskussion ein. Willi Eichler sprach zum Thema »Die Geschichte als Lehrmeisterin«, Gerhard Weisser über »Soziologie und Politik«, Arno Hennig über »Die naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse des letzten halben Jahrhunderts« und Guntram Prüfer zur Frage »Wie sehen wir heute den Menschen?«. Die von den in Ziegenhain Versammelten einstimmig gebilligte EntschlieÙung<sup>19</sup> bündelte in prägnanter Form die geistigen Neuansätze, die in der deutschen Sozialdemokratie der Jahre nach 1945 vorherrschten. Sie wandte sich gegen den historischen Determinismus und gegen eine nurökonomische Geschichtsinterpretation. Die neueren anthropologisch-soziologischen Erkenntnisse hätten »die Vielseitigkeit des menschlichen Verhaltens und damit des geschichtlichen Prozesses« aufgezeigt. Die entscheidenden Schlußfolgerungen lauteten: »Die Sozialdemokratie muß ihre Erkenntnisse in dieser Richtung erweitern, um ihre politischen Ziele verwirklichen zu können. [...] Sie anerkennt die geistige Freiheit des Menschen und seine sittliche Verantwortlichkeit als gestaltende Faktoren auch des geschichtlichen Prozesses. Sie kämpft für ihre letzten politischen Ziele nicht allein in Verfolgung der Tendenzen der ökonomischen Entwicklung oder aus Gründen materieller Zweckmäßigkeit, sondern um der Würde des Menschen willen«.

15 Prot. SPD-PT 1946, S. 23.

16 Zum folgenden *ebda.*, S. 104 ff.

17 Hier muß insbesondere die Berliner Halbmonatsschrift »Das Sozialistische Jahrhundert« erwähnt werden.

18 Instruktiv zu Entstehungsgeschichte und Verlauf Georg Eckert, Auf dem Weg nach Godesberg. Erinnerungen an die Kulturkonferenz der SPD in Ziegenhain, in: *Freiheitlicher Sozialismus. Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis*, hrsg. von Heiner Flohr, Klaus Lompe, Lothar F. Neumann, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 49 – 58.

19 Abdruck in: *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, S. 282 f.

Damit war eine klare grundsatzprogrammatische Aussage gemacht, aber eben nicht von einem Gremium, das beanspruchen durfte, im Parteiauftrag zu handeln. Schumacher stellte denn auch im November 1947 fest: »Die Ziegenhainer Tagung ist die Tagung einer Spezialkommission und könnte eine programmatische Bedeutung nur für den speziellen Untersektor Kulturpolitik haben. Aber die Ziegenhainer Tagung kann natürlich nicht für den theoretischen, grundsätzlichen Teil als eine Vorarbeit für eine Programmleistung angesehen werden«<sup>20</sup>. Im darauffolgenden Jahr zeigte sich, daß innerhalb der Partei das Verlangen nach einem neuen Programm generell stark gewachsen war. Der SPD-Vorstand faßte die dem Düsseldorfer Parteitag vorliegenden Initiativen zu einem Antrag zusammen, der die Parteiführung mit der unverzüglichen Einsetzung einer Programmkommission beauftragte. Allerdings ließen der Parteitagsbeschuß<sup>21</sup> und die folgenden Stellungnahmen nicht klar erkennen, was in Angriff genommen werden sollte: bloß ein Wahl- oder ein Aktions- oder gar doch schon ein Grundsatzprogramm. Brieflichen Äußerungen Schumachers kann man entnehmen, daß er die Konkretisierung vom Intensitätsgrad der theoretischen Arbeit abhängig machen wollte<sup>22</sup>. Jedenfalls hoffte er nun, über ein Wahl- und Aktionsprogramm hinauszugelangen<sup>23</sup>. Daß es dazu nicht kam, schien vor allem in den allgemeinen politischen Umständen begründet zu sein. Die Verfassungsarbeiten im Hinblick auf die Gründung eines westdeutschen Teilstaates, die Wahl zum ersten Bundestag sowie Übernahme und Ausgestaltung der Oppositionsrolle nahmen die Parteiführung derart in Anspruch, daß von dieser Ebene zunächst keine sammelnden Initiativen zur Umsetzung des Düsseldorfer Beschlusses ausgingen. Es blieb bei als vertraulich bezeichneten Vorarbeiten wie dem »Entwurf zu einem Programm der SPD«, den der kulturpolitische Ausschuß beim SPD-Vorstand im März 1949 unterbreitete<sup>24</sup>. Dieser sehr skizzenhafte Entwurf knüpfte an die Resultate von Ziegenhain an. Er sprach sich für eine pluralistische Demokratie aus, verurteilte Faschismus und Kommunismus gleichermaßen als Erscheinungsformen des Totalitarismus und sagte über das »Ziel der sozialistischen Bewegung«: Es »ist nicht nur eine auskömmliche und menschenwürdige Existenz, sondern diese gesicherte Exi-

20 Schumachers Referat auf der Redaktionskonferenz der Parteipresse am 30. 11. 1947 (maschinenschriftl. Redetext, Durchschlag, Bl. 50), in: PV-Bestand Q 5 II (Archiv der sozialen Demokratie. Dort befinden sich auch die im folgenden zitierten Bestände).

21 *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf*, Hamburg o. J., S. 208.

22 Schumacher an Fritz Sternberg, 16. 12. 1948, (Durchschlag), in: PV-Bestand Q 26 II. Schumacher Korrespondenz 1947–1952. Sch-Z: »In diesem Zusammenhang wird es Sie interessieren, daß wir mehrere große Arbeiten vorbereiten. Das Fernziel ist dabei ein neues Parteiprogramm, das sich evtl. auch nur auf ein bloßes Aktionsprogramm konzentrieren wird. Es hängt davon ab, welche neuen Erkenntnisse in unseren Köpfen hier entstehen bzw. durch Auseinandersetzungen nicht nur untereinander, sondern auch mit Genossen außerhalb Deutschlands wachgerufen werden«.

23 Schumacher an Alexander Schiffrin, 16. 12. 1948, (Durchschlag), ebda.: »Jetzt wird sich die Partei nicht nur mit der Aufstellung eines großen Wahlprogramms, sondern mit der Schaffung eines richtigen Parteiprogramms (hoffentlich wird es nicht nur ein Aktionsprogramm) abplagen. Die Zeit drängt. Besonders natürlich für das Wahlprogramm, denn man darf für das nächste Frühjahr mit der Wahl für das westdeutsche Parlament rechnen. Auch die Anregungen zum Parteiprogramm werden jetzt bei uns im Büro gesammelt, selbst wenn der Beginn der eigentlichen theoretischen und praktischen Arbeiten noch einige Monate anstehen sollte«.

24 Hekt. Entwurf zu einem Programm der SPD (Nach dem Stand vom 9. 3. 1949), in: PV-Bestand K 9. Nach 1945. Programmatik. Partei-Diskussion 1953, I. Dazu *Helmut Köser*, Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59. Entwicklung und Wandel der Organisationsstruktur und des ideologisch-typologischen Selbstverständnisses der SPD. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Phil. Diss. (Diss.-Druck) Freiburg 1971, S. 192 f.

stanz ist die Basis eines auf Freiheit, Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit gegründeten menschlichen Daseins, aus dem allein die höhere Gemeinschaftsform entstehen kann. Diese höhere Gemeinschaftsform kommt nicht zwangsläufig oder notwendig, sondern sie muß durch Menschen herbeigeführt werden. Darum geht mit der Gestaltung der sozialistischen Ordnung Hand in Hand eine Neugestaltung der Menschenerziehung. Die Sozialdemokratie ist eine permanent revolutionäre Kraft im ursprünglichen Sinne des Begriffs der Revolution: Selbstwiederfindung des Menschen«<sup>25</sup>.

Die in der Nachkriegssozialdemokratie erarbeiteten wirtschaftspolitischen Programmbeiträge nahmen traditionelle Akzente insofern wieder auf, als sie zunächst weiterhin um die Sozialisierung als »Kernstück des Sozialismus«<sup>26</sup> kreisten. Die Sozialisierungsdebatte nach 1945 zeigte indessen auch, daß es über den Stellenwert der Sozialisierung wie über die wirtschaftstechnische Konkretisierung im einzelnen unklare und durchaus nicht einheitliche Auffassungen gab. Am ehesten konnte man sich noch über das anzustrebende Ausmaß verständigen. Danach galten als sozialisierungsreif: der Bergbau, die Schwerindustrie, die Energiewirtschaft, das Verkehrswesen, die Versicherungs- und Bankwirtschaft und ferner die Industriezweige, in denen sich marktbeherrschende Monopolpositionen herausbildeten. Die Eigentumsverhältnisse bei den kleinen und mittleren Unternehmen und in der Landwirtschaft unterhalb des Großgrundbesitzes sollten unangetastet bleiben. Doch schon die Definition des Begriffs »Sozialisierung«, die zugleich einen Hinweis auf die Struktur der anvisierten neuen Wirtschaftsordnung hätte geben können, blieb undeutlich. In den »Leitsätzen zum Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratischen Partei« vom Oktober 1945 ist nebeneinander von »Verstaatlichung« und »Eigentumsvergesellschaftung« die Rede. In späteren Verlautbarungen, nicht zuletzt auch von Seiten Schumachers, wurde Wert darauf gelegt, Sozialisierung nicht mit Verstaatlichung gleichzusetzen. Im übrigen trug Schumacher wenig zur Klärung des Sozialisierungspostulats bei<sup>27</sup>. Ihn interessierte bei der anzustrebenden Enteignung der Großindustriellen und Großgrundbesitzer weniger der Gesichtspunkt effektiverer wirtschaftlicher Neugestaltung als vielmehr die politische Seite des Eingriffs, daß es nämlich darum gehe, dem Mißbrauch konzentrierter wirtschaftlicher Privatmacht zu politischen Zwecken, wie er sich etwa im Zusammenspiel zwischen Hitler und der deutschen Schwerindustrie gezeigt habe, ein für allemal ein Ende zu machen.

Im Frühjahr 1947 konstituierte sich im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand eine Unterkommission, die sich eingehend mit der Sozialisierungsstrategie beschäftigen sollte<sup>28</sup>. Auf dem Nürnberger Parteitag 1947 teilte Erik Nölting in seinem Bericht über den Stand der Kommissionsberatungen mit, daß die Sozialisten nunmehr, anders als 1918/19, darum bemüht sein müßten, im Interesse des Wettbewerbs eine Vielfalt von Unternehmenstypen zum Zuge kommen zu lassen, neben Unternehmen in privater und öffentlicher Hand auch sogenannte »freigemeinschaftliche«, namentlich genossenschaftlich organisierte Unternehmen<sup>29</sup>. Was die für die Sozialisierung vorgesehenen

25 Entwurf zu einem Programm der SPD (Nach dem Stand vom 9. 3. 1949), Bl. 3.

26 So beispielsweise noch *Harald Koch* in seinem Art.: Sozialisierung als unabdingbare Forderung, in: *Neuer Vorwärts*, Nr. 4 vom 2. 10. 1948.

27 Vgl. das zutreffende Urteil von *Waldemar Ritter*, Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption und seiner Gesellschafts- und Staatsauffassung, Hannover 1964, S. 193.

28 Dazu *Hans Peter Ehni*, Sozialistische Neubauforderung und Proklamation des »Dritten Weges«. Richtungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik 1945 – 1947, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XIII, 1973, S. 149 ff.

29 *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, Hamburg o. J.*, S. 161 f.

Industriebranche betraf, so war nach Nölting großer Wert auf die Konstruktion der Führungs- und Lenkungsorgane zu legen, die stärkere Bedeutung als die »gewissermaßen nur im Vorfeld« gelegene Änderung der Eigentumsverhältnisse habe.

Entsprechende Pläne, die die Sozialisierungskommission für den Bereich der Kohlewirtschaft ausarbeitete<sup>29a</sup>, blieben in der Folge allerdings nur auf dem Papier. 1947/48 mußten die in mehrere westdeutsche Landesverfassungen aufgenommenen Sozialisierungsvorhaben auf die lange Bank geschoben werden, nachdem die Militärregierungen, insbesondere auf amerikanischen Druck hin, das bestätigende Votum mit dem Hinweis versagt hatten, nicht ein einzelner Landtag, sondern nur das künftige deutsche Zentralparlament könne die Sozialisierungsfrage kompetent regeln<sup>30</sup>. Die SPD hielt zwar auch danach an der Sozialisierung als einem vorrangigen Programmpunkt fest. Aber in der Partei wurden Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre zunehmend Stimmen laut, die am tiefgreifenden positiven Effekt der Vergesellschaftung zweifelten und darauf abzielten, die Sozialisierung nur mehr als eines unter vielen Mitteln in ein differenziertes gesamtwirtschaftliches Planungskonzept einzubauen. So charakterisierte der bayerische Wirtschaftspolitiker Rudolf Zorn 1948 auf dem Düsseldorfer Parteitag die Sozialisierung als eine Maßnahme, mit der »keine Tonne Kohle mehr gefördert« werde als im Privatbetrieb und die allein auch »noch keine Stärkung der Stellung des Arbeiters im Betrieb« mit sich bringe<sup>31</sup>. Vor allem nachdem das alliierte Gesetz Nr. 75 vom November 1948 die montanindustriellen Besitztitel an der Ruhr deutschen Treuhändern zurückgegeben hatte, schien es führenden sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikern an der Zeit zu sein, von einer neuen Lage auszugehen. Joachim Schöne zum Beispiel riet damals den Ökonomen der Arbeitnehmerschaft, in Zukunft intensiv alle Kräfte zu konzentrieren »auf einen entschiedenen Einbruch in das Feld der wirtschaftlichen Lenkungsfunktionen im Sinne wirklicher Mitbestimmung und Mitverantwortung – und zwar auf allen Stufen in Betrieb, Industriezweig und Gesamtwirtschaft«<sup>32</sup>. Die »uneingeschränkte wirtschaftliche Demokratie« anstelle der Eigentumskorrektur werde »somit zur Forderung des Tages«.

Seit Anfang der fünfziger Jahre wurde auch auf parteioffizieller Ebene das Bestreben deutlich, der Sozialisierung ihren Prioritätscharakter zu nehmen. Die SPD präsentierte fortan ein Dreierpaket aus 1. Planung und Lenkung, 2. Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie und 3. Mitbestimmung der Arbeitnehmer<sup>33</sup>, wobei immer mehr die Programmpunkte 1 und 3 in den Vordergrund rückten. Aufmerksamen Beobachtern der politisch-gesellschaftlichen Szene konnte es nicht entgehen, daß mit den ersten offensichtlichen Erfolgen der dem Privatwirtschaftsdenken verpflichteten Regierungspolitik breite Schichten der Bevölkerung das Interesse an fundamentalen ökonomischen Strukturumwälzungen verloren. Daß diese Einsicht auch bei der Sozialdemokratie wuchs, verdeutlicht das Schicksal des Sozialisierungsgesetzentwurfes, den ein 1950 beim Parteivorstand gebildeter Ausschuß, voran Heinrich Deist, modellhaft für Kohle sowie Eisen und Stahl erarbeitete und im Mai

29a Vgl. die Dokumentation bei Ehni, a. a. O., S. 155 ff.

30 Vgl. *Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1948/1949*, Hannover o. J., S. 192 f.; Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 – 1949*, Neuwied/Berlin 1966, S. 174.

31 *Prot. SPD-PT 1948*, S. 146.

32 Art.: Wege der Sozialisierung, in: *Neuer Vorwärts*, Nr. 9 vom 26. 2. 1949.

33 Vgl. Hermann Veits Referat auf dem Parteitag 1950 (*Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg*, Frankfurt/M. o. J., S. 178 – 195).

1953 vorlegte<sup>34</sup>. Die sozialdemokratische Führung hielt diesen Entwurf mit Rücksicht auf die bevorstehenden Bundestagswahlen zurück. Nach der Wahlniederlage verschwand er ganz aus der innerparteilichen Diskussion.

Die SPD gelangte, wie gesagt, in den ersten Jahren nach dem Düsseldorfer Beschluß nicht zu einer systematischen Befassung mit Inhalt und Form eines Gesamtprogramms. Dennoch fehlte es nicht an einzelnen Anregungen zur Verständigung über Grundsatzfragen. Besonders starke Beachtung fand die Rede, die Carlo Schmid auf dem Hamburger Parteitag 1950 über die »SPD vor der geistigen Situation unserer Zeit«<sup>35</sup> hielt. Es waren weniger Schmid's Ausführungen über die politischen Folgen neuerer anthropologischer Erkenntnisse und seine Absage an den geschichtsphilosophischen Determinismus, die die Partei bis zur Ortsvereinsbasis aufrüttelten. Denn ähnliche Thesen hatten in den vergangenen Jahren im großen und ganzen auch Schumacher und leitende Kulturpolitiker der SPD öffentlich verkündet. Als brisant erschien vielmehr die ausdrückliche Konsequenz, die Carlo Schmid für die Bestimmung des Parteicharakters, die Bestimmung der SPD als politischer Gemeinschaft, zog. Die SPD könne nicht Ersatzkirche oder Sekte sein wollen und habe als Partei »keine Aussagen über den letzten Sinn des Daseins zu machen«<sup>36</sup>. Sie könne »auch nicht ›bieten‹, was man eine geistige Heimat nennt«<sup>37</sup>. Zumal mit der letzten Bemerkung hatte Schmid einen empfindlichen Punkt gerade bei vielen Funktionären der mittleren und älteren Generation getroffen, für die die Sozialdemokratie von früher Jugend an über Jahre und Jahrzehnte hinweg eben das geboten hatte, was Carlo Schmid jetzt für unmöglich erklärte. Wie sehr die zitierte Bemerkung an den Nerv des gängigen innerparteilichen Selbstverständnisses rührte, demonstrierte auch der Protest Willi Eichlers, der sicherlich nicht den orthodoxen Traditionalisten zuzurechnen war. Eichler schrieb: »Eine gemeinsame Weltanschauung in positiver Hinsicht wird diese Partei nicht entwickeln. Jedenfalls nicht als eine Bedingung ihres Bestehens und des Beitritts zu ihr. Den Kern einer Weltanschauung wird sie aber trotzdem bilden müssen, und zwar so weit, daß man anerkennt, daß das Leben seinen Sinn dadurch erhält, daß der einzelne sich bestimmte Aufgaben setzt, zu deren Erfüllung er sich für verpflichtet hält«<sup>38</sup>. Den Inhalt dessen, was Eichler hier ausführte, konnte auch Schmid von seinem Standpunkt aus billigen. Nur trennte er sich bewußt und explizit vom Weltanschauungsetikett, das auch in der Verkürzung auf einen sogenannten »Kern« nur Mißverständnisse bei den glaubens- und weltanschauungsmäßig gebundenen Menschen hervorrufen mußte, die noch außerhalb der SPD standen und die man gewinnen wollte.

Die geschlossenste grundsatzprogrammatische Aussage jener Jahre war die Prinzipienklärung, die die Sozialistische Internationale auf ihrem Wiedergründungskongreß Ende Juni/Anfang Juli 1951 in Frankfurt am Main verabschiedete. Ein Vergleich zwischen den Grundsätzen, die Kurt Schumacher seit Kriegsende proklamiert hatte, und entsprechenden Passagen in der Frankfurter Erklärung läßt fast nahtlose Übereinstimmung erkennen. So heißt es im Dokument der Internationale zum Verhältnis von Motivation und Ziel: »Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders

34 Hekt. Exemplar in: PV-Bestand K 19. Sozialisierung. Wipo-Ausschuß. SPD-Vorstand. 1953. Gesetzentwurf 2. Mai 1953. Zur Erarbeitung dieses Entwurfs Köser, S. 172 ff.

35 Prot. SPD-PT 1950, S. 225 – 241.

36 Ebd., S. 239.

37 Ebd., S. 240.

38 Willi Eichler, Um den geistigen Standort der SPD, in: Geist und Tat, Jg. 5, 1950, S. 382. Es ist allerdings hinzuzufügen, daß sich Eichler später von dieser Sicht trennte und zu einem der dezidiertesten Verfechter der These wurde, der Sozialismus sei keine Weltanschauung.

begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens«<sup>39</sup>. Besonders auffällig ist fernerhin die Übereinstimmung in der Abwehr der Erwartung, der Sozialismus werde sich zwangsläufig erfüllen, und in der Sozialismus-Demokratie-Verzahnung, die in der Frankfurter Erklärung so formuliert wird: »Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden«<sup>40</sup>.

Die Verabschiedung des Frankfurter Dokuments regte die Führung der deutschen Sozialdemokratie zur Intensivierung der programmatischen Arbeit an, wenn auch keineswegs mit dem Ziel einer die Deklaration der Internationale fortschreibenden und konkretisierenden Grundsatzaussage, sondern in Richtung auf ein Aktionsprogramm, dies auch gemäß einem Beschluß, den 1950 die Delegierten des Hamburger Parteitag gefaßt hatten. Im Juni 1952 stellte eine Programmkommission unter Eichlers Federführung einen Entwurf zusammen, der nach erheblichen Korrekturen und Überarbeitungen im September 1952 vom Dortmunder Parteitag angenommen wurde. Das Dortmunder Aktionsprogramm<sup>41</sup> war das Werk von Experten. Es wiederholte die in den zurückliegenden Jahren entwickelten Konzeptionen zu möglichst allen relevant erscheinenden Sachgebieten und reihte eine Fülle von Einzelforderungen und -vorstellungen aneinander. Es war, bedenkt man den informativen und werbepolitischen Zweck, viel zu lang und unübersichtlich. Hinter der Masse fachpolitischer Details verschwand eine so wichtige These wie die ausdrückliche Anerkennung des einzelwirtschaftlichen Wettbewerbs.

Für eine prinzipielle geistige Standortbestimmung bot das Aktionsprogramm von 1952 keinerlei Ansätze. Gerade der umworbenen bürgerlichen Intelligenz stellte sich die SPD, wie der Publizist Gerhard Szczesny im März 1953 vor dem Münchener »Arbeitskreis Sozialdemokratischer Akademiker« ausführte<sup>42</sup>, kaum verändert als eine Bewegung dar, die auf dem Wege der Überwindung einer für alle Sozialisten als verbindlich reklamierten Weltanschauungsbasis noch nicht weit gekommen war. Szczesny gab zu, daß sich nach 1945 Sozialisten verschiedenster Herkunft »einigermaßen friedlich« in der SPD zusammengefunden hätten<sup>43</sup>. Die dann vom Referenten vorgenommene Einschränkung mochte übertrieben, ja größtenteils unzutreffend sein, aber sie war symptomatisch für den Eindruck, den die SPD partiell hervorrief. Szczesny fuhr nämlich fort: »Dennoch leben alle diese verschiedenen Gruppen innerhalb der Partei mit einer Art permanentem schlechtem Gewissen. Die Ereignisse, nicht aber eine klare Vorstellung von Sinn und Grenze eines sozialistischen Programms haben sie zusammengeführt. Man toleriert sich nicht, weil man davon überzeugt ist, daß die christliche Gesinnung oder der Atheismus Privatangelegenheit jedes Sozialisten ist, sondern man toleriert sich, weil man es scheinbar für unklug und verfrüht hält, die alleinige Richtigkeit seines Sozialismus im gegenwärtigen Moment zu diskutieren. Diese Atmosphäre der latenten Widersprüche führt zu unnötigen innerparteilichen Span-

39 *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, S. 288.

40 *Ebda.*, S. 289.

41 Vgl. Einleitung zu: *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, S. 43 f.

42 Durchschlag des Redetextes »Die bürgerliche Intelligenz, der Sozialismus und die Sozialdemokratie« in: PV-Bestand Ollenhauer, Korr. S, Anlage zum Schreiben Szczesnys an Ollenhauer vom 20. 4. 1953.

43 Szczesny, Die bürgerliche Intelligenz, der Sozialismus und die Sozialdemokratie, Bl. 10, auch für das Folgende (Hervorh. ebda.).

nungen und wirkt vor allem nach außen höchst verdächtig. [...] Anstatt [...] ein vernehmliches Bekenntnis zur uneingeschränkten Offenheit und Neutralität in allen nur den einzelnen Menschen ganz persönlich angehenden Gesinnungs- und Geschmacksfragen abzugeben und somit jedem Streit um diese oder jene sozialistische ›Weltanschauung‹ ein für allemal den Boden zu entziehen, macht die Sozialdemokratie den Eindruck, daß sie irgendein verborgenes ›weltanschauliches‹ Programm wohl hat, es im Augenblick aber nicht bekanntzugeben wünscht, um die andersgläubigen Wähler nicht zu erschrecken«.

Die Bundestagswahl vom 6. September 1953 brachte der SPD eine schwere, innerhalb der Partei in diesem Ausmaß kaum erwartete Niederlage und der CDU/CSU einen ebenso eindeutigen Sieg. Das Ergebnis machte offenkundig, daß es der Sozialdemokratie nicht gelungen war, sich als linke demokratische Volkspartei glaubwürdig zu profilieren und wesentlich über ihre traditionelle Anhängerschaft hinaus in neue Schichten vorzustoßen. Während der folgenden Monate wurde nicht nur in der neutralen und gegnerischen Presse, sondern auch innerparteilich eine intensive Diskussion um Anspruch und Selbstdarstellung der SPD geführt. Sie erstreckte sich anfangs in erster Linie auf scheinbar äußerliche Stilmittel, besonders auf das überkommene Agitationsvokabular, die Parteisymbole und die innerhalb der Organisation üblichen Anredeformen. Doch schon bald wurden tiefergreifende grundsätzliche Probleme im Hinblick auf Ideologie und arbeiter- oder volksparteiliches Selbstverständnis einbezogen. Ging die SPD, so wurde gefragt, von einem realistischen Gesellschaftsbild aus, hatte sie die soziologischen Tendenzen und die sozialen Bewußtseinsformen, die sich in den zurückliegenden Jahren herausgebildet hatten, richtig eingeschätzt? Fritz Erler z. B. machte darauf aufmerksam<sup>44</sup>, daß die alte Abgrenzung des Klassenbegriffs weitgehend überholt sei. Die moderne Gesellschaft habe den Mittelstand nicht einfach zerrieben, sondern auf der einen Seite bestimmte, früher mittelständische Schichten absinken lassen, auf der anderen Seite neuen Mittelstand geschaffen. Erler erinnerte an die zahlreichen neuen Gewerbezweige auf dem Gebiet des Kraftfahrzeughandwerks, der elektrischen Installationen und des Rundfunks. Außerdem hätten sich bestimmte Arbeitergruppen einen Lebensstandard erkämpft, der weit in das gewohnte mittelständische Maß hineinrage. Schließlich sei die Bedeutung der Angestellten im Produktionsprozeß gewachsen. Zur Erkenntnis der neuartigen Bewußtseinsbildung sagte Erler wörtlich: »Der moderne Facharbeiter hat nicht nur mehr zu verlieren als seine Ketten; er hat auch nicht mehr das traditionelle proletarische Klassenbewußtsein. Die ›Verbürgerlichung‹ weiter Arbeiterschichten ist ein Tatbestand, den die Sozialdemokratie berücksichtigen muß. Sie braucht sich dessen auch nicht zu schämen und ihn nicht zu beklagen, denn letzten Endes ist er das Ergebnis ihres eigenen Werkes. Man kann nicht beharrlich für die Verbesserung der Lage gerade der arbeitenden Menschen kämpfen und später die sich daraus ergebenden Folgen beklagen«. Führt man Erlers Argumentation weiter, dann stellte sich der SPD die Aufgabe, ihren Volksparteianspruch neu zu begründen, indem sie nicht mehr nur eine gemeinsame Front der auf verschiedenen Stufen Ausgebeuteten suggerierte, sondern einem differenzierten Arbeitnehmerbewußtsein Rechnung trug, das auch Selbstwertgefühl und Leistungsstolz zum Inhalt hatte.

Der Parteivorstand setzte Ende 1953 zwei Kommissionen ein, die die bis dahin geäußerte Kritik prüfen und in absehbarer Zeit Zwischenbilanzen vorlegen sollten. Die erste, 28-köpfige Kommission unter Eichlers Vorsitz hatte sich auch mit Grundsatzproblemen aus-

<sup>44</sup> Fritz Erler, Programm und Persönlichkeiten, in: Westdeutsche Neue Presse vom 24. 11. 1953 (Zeitungsausschnitt in: Akten Willi Eichler 13. Aktionsprogramm und Präambel).

einanderzusetzen. Hierzu gehörten u. a.: die theoretische Fundierung sozialdemokratischer Politik, die Marxismusfrage, das Selbstverständnis der SPD als Arbeiter- oder Volkspartei und die Beziehung zwischen Sozialismus und Kirchen, eine Thematik, der sich im März 1953 auf der Ebene der Sozialistischen Internationale die Bentvelder Konferenz angenommen hatte. Das Studium der Protokolle, die von den Sitzungen dieser Kommission angefertigt wurden, ergibt, daß die Parteiführung Anfang 1954 im Auge hatte, das bestehende Aktionsprogramm um eine Präambel zu erweitern, die grundsatzpolitische Klärungen schaffen sollte. Dagegen hielten es damals weder Ollenhauer noch Eichler mit Rücksicht auf den Stand der theoretischen Vorarbeiten für sinnvoll und möglich, offiziell eine Programmkommission zu konstituieren<sup>45</sup>. Das Ergebnis der Ausschüßarbeiten wurde nach Beratung und Redaktion im Parteivorstand am 4. März 1954 als »Empfehlungen« für die innerorganisatorische Diskussion vorgelegt. Die »Empfehlungen«<sup>46</sup> waren alles in allem um einen Kompromiß zwischen Reformern und Traditionalisten bemüht. Unverkennbar war jedoch, daß sich in prinzipiell bedeutsamen Abschnitten diejenigen durchgesetzt hatten, die für den Abschied von metapolitisch-weltanschaulichen Resten und für eine stärkere gesellschaftliche Öffnung der SPD waren. So lautete die Definition zum »Wesen« der Sozialdemokratischen Partei, daß sie »eine Gemeinschaft von Menschen« sei, »die für soziale Gerechtigkeit, für die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung und für geistige und politische Freiheit kämpfen«<sup>47</sup>. Der Klassenparteicharakter wurde unmißverständlich mit den Sätzen aufgegeben: »Die Sozialdemokratische Partei ist nach ihren Grundsätzen und ihren Zielen nicht auf die Vertretung einer einzigen Gruppe des Volkes beschränkt. Die Arbeiterschaft bildet den Kern der Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratie. Der Kampf und die Arbeit der Sozialdemokratie aber liegen im Interesse aller, die kein Herrschafts- oder Bildungsprivileg für sich und ihre Gesellschaftsschicht aufrechterhalten wollen oder anstreben«<sup>48</sup>. Die rechtsstaatliche parlamentarische Demokratie erschien als die einzige Staatsform, »in der das ganze Volk mitbestimmend und mitverantwortlich für seine Regierung sein kann«<sup>49</sup>.

Die »Empfehlungen« unterschieden klar zwischen der Vorbereitung eines Grundsatz- und der Weiterentwicklung des Aktionsprogramms. Der erste Komplex sollte noch nicht auf eine parteioffizielle Stufe gehoben werden, sondern der im März 1953 gebildeten Studienkommission sozialdemokratischer Wissenschaftler vorbehalten sein. Die dritte Tagung der Studienkommission, die Mitte April 1954 in Mehlem stattfand, brachte die grundsatzprogrammatische Arbeit ein erhebliches Stück voran. Dort wurden Übereinstimmungen und Differenzen zwischen zwei Hauptgruppen sichtbar, deren Sprecher die Professoren Wolfgang Abendroth und Gerhard Weisser waren. Während Abendroth in seinem Referat auf dem historischen Materialismus als einer nach wie vor voll gültigen und tragfähigen Basis zur Deutung ökonomischer, sozialer und politischer Prozesse beharrte<sup>50</sup>, stellte

45 Hekt. Protokoll der Sitzung der Eichler-Kommission zur Weiterführung der Parteidiskussion am 9./10. 1. 1954, Bl. 16 f. (Diskussionsbeiträge von Eichler und Ollenhauer), in: PV-Bestand K 10. Nach 1945. Programmatik. Parteidiskussion 1953, 1954, II.

46 Vgl. Abdruck in: *Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/55*, Hannover/Bonn o. J., S. 320 ff.

47 *Ebda.*, S. 320.

48 *Ebda.*

49 *Ebda.*, S. 321.

50 Hekt. Thesen zum Abendroth-Referat »Die heutige Bedeutung des historischen Materialismus«, Anlage zum Rundschreiben des Kulturpolitischen Referats beim PV an alle Mitglieder der Programm-Kommission, Bonn, d. 7. 5. 1955, in: Akten Willi Eichler 1. Grundsatzprogramm. Programmkommission. Allgemeines. Protokolle. Rundschreiben.

Weisser fest, daß Marx gerade das ausgespart habe, was die Partei gegenwärtig benötige, nämlich ein »System praktischer Axiome«<sup>51</sup>. Schumacher habe dies bestätigt und hinzugefügt, im Grundsatzteil des künftigen Programms müsse eine »Wertaxiomatik« ausgebildet werden. Am Schluß der Mehlemer Tagung wurden die zwischen beiden Gruppen bestehenden Gegensätze und die identischen Auffassungen in einer Reihe von Punkten schriftlich fixiert<sup>52</sup>. Folgende unterschiedliche Ansätze traten hervor: Die einen behaupteten, aus der Dialektik ließen sich für jede Geschichtsperiode die normativen Vorstellungen ableiten, die anderen bestanden auf dem Eigengewicht der Normenproblematik gegenüber der dialektischen Erkenntnismethode; die eine Seite betrachtete Ökonomie und Klassenkämpfe als durchweg entscheidende geschichtliche Faktoren, während die andere Seite es für richtig hielt, für jeden Geschichtsabschnitt gesondert die Bedeutung des Ökonomischen zu untersuchen, um auf diese Weise die neuen, im Klassenkampfschema nicht erfaßbaren »Menschheitsprobleme« berücksichtigen zu können, Probleme, die sich aus dem Phänomen der Massendemokratie sowie der zunehmenden Bürokratisierung und Organisierung ergäben; außerdem hielt die Abendroth-Gruppe eine klassen- und herrschaftslose Gesellschaft für eine reale Möglichkeit, während Weisser und andere die Erreichbarkeit eines solchen Zustandes als Utopie werteten. Demgegenüber herrschte Übereinstimmung u. a. insoweit, als das neue SPD-Programm sowohl eine Zeitanalyse als auch eine Darlegung der gewählten normativen Maßstäbe bieten müsse, daß die konkreten Programmforderungen von der Erkenntnis auszugehen hätten, daß alle Gesellschaftsprozesse in Wechselwirkung zueinander stünden und – hier wurde eine indirekte Kritik am Dortmunder Aktionsprogramm geäußert – einseitiges Ressortdenken schädlich sei und daß der freiheitliche Sozialismus nicht dem Staat die alleinige Kompetenz für die Ordnung des Gesellschaftslebens zuweisen dürfe, sondern für »ein pluralistisches System gesellschaftlicher Gestaltungskräfte« sorgen müsse.

An diese Selbstverständigungsversuche konnte die vom Parteivorstand eingesetzte, 60 Personen umfassende Kommission anknüpfen, die sich ab Mitte Mai 1954 unter dem Vorsitz Willi Eichlers mit der Formulierung einer Präambel zum Aktionsprogramm und der Umarbeitung einzelner Abschnitte beschäftigte. Die Präambel, die dann im Juli der Berliner Parteitag billigte, bot sicherlich für diejenigen, die die seit 1945 geführten theoretischen Diskussionen aufmerksam verfolgt hatten, nichts fundamental Neues. Aber es war ein per se bedeutsames Faktum, daß die in den vergangenen Jahren von Einzelpersonen und bestenfalls von Minderheitsgruppen ausgearbeiteten Analysen und Normen jetzt erstmals Eingang in ein parteiverbindliches Programm gefunden hatten. Die Berliner Präambel<sup>53</sup> präsentierte auf knappem Raum und doch übersichtlich eine Skizze der wichtigsten Zeit-tendenzen und der am Beginn des Atomzeitalters drohenden Gefahren, nannte die leitenden Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens, betonte die Notwendigkeit zielklaren und verantwortungsbewußten Handelns anstelle des früheren Zwangsläufigkeitsoptimismus und führte Christentum, Humanismus und klassische Philosophie als geistige und sittliche Wurzeln des europäischen Sozialismus an. Mit den Klassenkampf-Diagnosen und Generalrezepten früherer Programme hatte diese Erklärung jedenfalls nichts mehr gemein. Um so überraschender muß es auf den ersten Blick erscheinen, daß die Präambel vom Parteitag ohne Diskussion und artikulierten Widerspruch angenommen wurde. Tat-

51 Hekt. Thesen zum Weisser-Referat, ebda.

52 Vgl. Dok. Nr. 51 (»Zwischenbilanz einer Klärung«) bei Köser, Dokumentation, S. 85 ff.

53 Abdruck in: *Programmatistische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, S. 301 ff.

sächlich war dies weniger Indiz für einen breiten, bewußten Konsensus als vielmehr die Konsequenz der Tatsache, daß seinerzeit die Probleme der Außen-, Wehr- und Deutschlandpolitik einen alles dominierenden Rang hatten. Immerhin war mittlerweile der Parteivorstand aufgrund der im ersten Halbjahr 1954 geführten Theoriediskussionen zu der Überzeugung gekommen, daß es nun doch an der Zeit sei, konkret an die Erarbeitung eines Grundsatzprogramms heranzugehen. Auf Antrag des Vorstandes beschloß der Berliner Parteitag, eine Programmkommission einzusetzen<sup>54</sup>.

Die aus 34 Personen bestehende Programmkommission, deren Vorsitz wiederum Eichler übernahm, konstituierte sich im März 1955. Sie bildete fünf Unterausschüsse. Zunächst, zwischen Juni 1955 und Mai 1956, tagte lediglich der Unterausschuß Grundsatzfragen. Die wichtigsten Ergebnisse seiner Arbeit lassen sich in drei Punkten zusammenfassen: 1. Dem Programm sollte eine Zeitanalyse vorangestellt werden, eine Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Wirkungsfaktoren in Ökonomie und Gesellschaft und mit zentralen politischen Ordnungsproblemen. 2. Dabei war unverändert von der Existenz einer Klassengesellschaft auszugehen. Die Mehrheit des Ausschusses bezweifelte jedoch, ob die Klassenhypothese ausreiche, alle Gegenwartsprobleme adäquat zu erfassen. 3. Die sozialistischen Grundforderungen sollten von Grundwerten abgeleitet werden. Solche Grundwerte waren die Ideen der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens. Dazu erklärte die Nelson-Schülerin Grete Henry-Hermann: »Es sind bis heute diejenigen Ideen, auf die sich, trotz aller faktisch bestehenden Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten, fast alle Menschen einigen können. Diese Tatsache hat allerdings die andere zur Folge, daß gerade diese Ideen zur Tarnung ihnen im Grunde widerstreitender Tendenzen benutzt werden. Selbst politische Richtungen, die sich den Fragen menschlich-rechtlicher Werte gegenüber ausgesprochen zynisch verhalten, wagen es nicht, ihre politischen Absichten der Öffentlichkeit anders als unter den Schlagworten von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden vorzulegen. Die Möglichkeit solchen Mißbrauchs aber spricht dafür, daß im Menschen Überzeugungen leben, die in dieser Weise mißbraucht werden können. Statt um solchen Mißbrauch willen die genannten Ideen zu diskreditieren, sollten wir also diese Überzeugungen aufdecken und auch begrifflich so klären, daß von daher der Mißbrauch abgewehrt werden kann«<sup>55</sup>. Man einigte sich darauf, von einer philosophischen Begründung der Werte Abstand zu nehmen. Im weiteren Diskussionsverlauf wurde die genannte Wertauswahl dahingehend variiert, daß der Grundwert »Solidarität« hinzukam und später der Begriff »Frieden« aus dem Grundwerteteil ausschied.

Die Unterausschüsse zu den Themen »Kulturelle Situation und Pädagogik«, »Verfassungspolitik«, »Wirtschafts- und Sozialpolitik« und »Weltpolitik« kamen zum Teil erst mehrere Jahre nach Konstituierung der Programmkommission zu konkreten Arbeitsergebnissen. Das gilt vor allem für den Unterausschuß »Wirtschafts- und Sozialpolitik«, der seine Arbeit im Mai 1957 begann. Hier bemühte sich in erster Linie Heinrich Deist, die schon im Dortmunder und Berliner Aktionsprogramm angelegte sowie dann vor allem seit dem Kölner Kongreß »Die Neuordnung Deutschlands« vom Januar 1956 verfolgte wirtschaftspolitische Leitlinie weiterzuentwickeln. In einem internen Diskussionspapier zum Problem »Sozial-

54 *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 20. bis 24. Juli 1954 in Berlin*, o. O., o. J., S. 48.

55 Hekt. Thesen zum Referat »Wertvoraussetzungen in einer Situationsanalyse«, Bl. 4, Anlage zum Ergebnisprotokoll der Sitzung des Unterausschusses »Grundsatzfragen« am 21. 1. 1956, in: Akten Willi Eichler 2. Grundsatzprogramm. Grundsatz-Ausschuß.

sierung«<sup>56</sup> stellte Deist fest, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln im Hinblick auf die Bedeutung der Mittelschichten und auf die Notwendigkeit einer gerechteren Beteiligung der Arbeitnehmer am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag maßgeblichen Rang für den Aufbau einer gesunden freiheitlichen und sozialen Ordnung habe. Entscheidend sei das Problem der wirtschaftlichen Macht, die nicht auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln an sich beruhe, sondern erst entstehe, wenn wirtschaftliche Großunternehmungen – häufig aufgebaut auf der Fiktion privaten Eigentums und arbeitend mit dem Instrumentarium moderner Organisation – zu unkontrollierten Positionen wirtschaftlicher Macht würden. Darum sei das zentrale Problem sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik das Problem der öffentlichen Kontrolle wirtschaftlicher Macht.

Die Programmberatungen kamen nur sehr schleppend voran. Noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1957 war so etwas wie ein integrierter Gesamtentwurf nicht in Sicht. Beschleunigende Wirkung hatte die erneute schwere Schlappe, die die SPD bei der Bundestagswahl am 15. September 1957 hinnehmen mußte. Der Anstoß zur Forcierung der Programmarbeiten kam von der Parteispitze. Nach Berichten mehrerer Zeitgenossen lautete Ollenhauers erster Kommentar nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses, daß die Partei nun so schnell wie möglich das Grundsatzprogramm brauche<sup>57</sup>. In den folgenden Monaten entbrannte die zweite große Parteireformdiskussion. Sie zeigte indessen, daß die unteren Organisationsgliederungen und die Mitgliedschaft nach wie vor wenig Anteil an den Programmberatungen nahmen, daß ihr Interesse vorwiegend der Reform des zentralen Führungsapparats und aktuellen politischen Fragen galt. Dies änderte sich erst, nachdem die Programmkommission im Mai 1958 dem Stuttgarter Parteitag einen ersten Gesamtentwurf vorgelegt hatte und von den Delegierten beschlossen worden war, den Programmentwurf spätestens 1960, möglicherweise aber auch schon 1959, auf einem außerordentlichen Parteitag zu verabschieden<sup>58</sup>.

Bis Herbst 1959 referierten Eichler und Deist jeweils auf mehr als 300 Veranstaltungen über den Programmentwurf. Die vielen nun von den unteren und mittleren Organisationseinheiten gestellten Anträge enthielten in der sachlichen Substanz kaum Anregungen, die über das hinausgingen, was in den öffentlichen Programmdebatten seit 1945/46 und während der Kommissionsberatungen seit 1954 vorgetragen worden war. Als weiterführend erwiesen sich jedoch vor allem die Hinweise, die sich auf Gliederung und Sprache des Entwurfs bezogen. Im Mai 1959 beschloß das Parteipräsidium<sup>59</sup>, unter Berücksichtigung der vorliegenden Anträge und mit dem Ziel der Kürzung und Straffung einen zweiten Entwurf erarbeiten zu lassen. Im neuen Entwurf sollte auf eine Zeitanalyse, die das dem Stuttgarter Parteitag vorgelegte Dokument noch enthalten hatte, verzichtet werden. Dies bedeutete eine gravierende Änderung. Ihr lagen wohl vor allem zwei Erwägungen zugrunde<sup>60</sup>: Ein-

56 Hekt. Entwurf Dr. Deist: Zum Problem »Sozialisierung«, (undat.), Bl. 11 f., in: Akten Willi Eichler 5. Grundsatzprogramm. Arbeiten der Programmkommission. Unterausschuß Wirtschafts- und Sozialpolitik.

57 Vgl. *Hans-Joachim Mann*, Das Godesberger Grundsatzprogramm als Ergebnis innerparteilicher Willensbildung, in: *Geist und Tat*, Jg. 24, 1969, S. 233. Vgl. auch *Susanne Miller*, Die SPD vor und nach Godesberg, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 36 f.

58 *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart*, Hannover/Bonn o. J., S. 507 f.

59 Vgl. Vorschläge und Beschlüsse des Präsidiums vom 6. 5. – 25. 5. 1959, »6.5. Weiterführung Programmdiskussion«, (hekt.), in: PV-Bestand Präsidium (Waldemar von Knoeringen).

60 Vgl. zum folgenden den Erklärungsversuch von *Ulrich Lohmar*, Zum Godesberger Programm der Sozialdemokratie, in: *Die Neue Gesellschaft*, Jg. 6, 1959, S. 416.

mal bestand das Dilemma, daß z. B. ein christlich gebundener Sozialdemokrat die Tendenzen und Gefahren der Zeit anders begründete und akzentuierte als ein Parteifreund, der sich am Aufklärungsdenken orientierte. Zum anderen hätte eine ausgewogene Analyse in dem jetzt wesentlich kürzer zu fassenden Programm unverhältnismäßig viel Platz beansprucht. So bedenkenswert diese Einwände waren, so empfindlich, weil im Grunde der Sache nicht angemessen, war doch die Lücke, die der Verzicht auf eine Zeitanalyse schuf. Denn eine solche hatte es nicht nur in den Programmen vor 1933 gegeben, von ihr als einer notwendigen Ansatzbasis waren auch all jene ausgegangen, die sich nach 1945 an der theoretischen Diskussion beteiligt hatten, in der Erwägung, daß Forderungen und Ziele nur dann letztthin überzeugend dargestellt werden könnten, wenn man vorher ein zusammenhängendes Bild der gesellschaftlich-politischen Ausgangslage gezeichnet habe.

Fritz Sänger, der in erster Linie mit der Erarbeitung des zweiten Entwurfs befaßt war, legte im Juni einen vor allem formal gründlich veränderten und gekürzten Text vor. Das neue Exposé wurde anschließend mehrfach redigiert und im November 1959 dem Godesberger Programmparteitag vorgelegt. Dieser verabschiedete es nach nochmaliger Überarbeitung durch eine Redaktionskommission mit 324 gegen 16 Stimmen.

Das Godesberger Grundsatzprogramm wurde nach seinem Inkrafttreten von der deutschen und internationalen Presse weithin als Novum, als plötzlicher und radikaler Bruch mit der Vergangenheit interpretiert. Tatsächlich jedoch war es die Summe eines jahrzehntelangen Neubesinnungsprozesses, obwohl einzelne aktual- und auch wahlpolitisch bedingte Schärfungen unverkennbar waren, wie etwa die scharf pointierte Verurteilung des Kommunismus vor dem Hintergrund der 1958 von der Sowjetunion entfachten Berlinkrise oder das völlige Verschweigen der Bedeutung, welche die Autoren des Kommunistischen Manifests für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hatten. Wer jedoch die Ausführungen über die Grundwerte, das Motiv-Mittel-Ziel-Verhältnis, die Bindung des Sozialismus an die rechtsstaatliche parlamentarische Demokratie, die Einstellung zu den Kirchen und auch über wirtschaftliche Ordnungsprobleme mit den Diskussionsleitlinien vergleicht, die sich innerparteilich während der vierziger und fünfziger Jahre ausgeprägt hatten, muß erkennen, daß das Godesberger Grundsatzprogramm den Abschluß einer kontinuierlichen geistigen Entwicklung markierte. Der Behutsamkeit und Intensität der hier skizzierten langen, manchmal allzu lang erscheinenden Diskussion muß es zugeschrieben werden, daß eine Aussage entstanden war, die in ihrer Radikalität und Reichweite nur jenem Dokument vergleichbar ist, das die Sozialdemokratie mehr als 65 Jahre zuvor auf ihrem Erfurter Parteitag verabschiedet hatte.